



Verband  
Region Stuttgart

**Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2025,  
mittelfristige Finanzplanung  
*Anträge der Fraktionen***

# Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2025, mittelfristige Finanzplanung - Anträge der Fraktionen

I.	Zu behandeln im Planungsausschuss am 13.11.2024: .....	2
II.	Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 20.11.2024: .....	5
III.	Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 27.11.2024: .....	13

## I. Zu behandeln im Planungsausschuss am 13.11.2024

CDU/ ÖDP	<p><b>Bundesgartenschau</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart prüft die Voraussetzungen einer Bewerbung um eine Bundesgartenschau, welche das Gebiet des Masterplans Neckar umfasst und die am Neckar gelegenen Kommunen in einem dezentralisierten Konzept einschließt.</p> <p>Ziele sind eine weitere Aufwertung des Landschaftsparks, Konzepte für Flora und Fauna am Fluss und insbesondere zukunftsweisende Lösungen für die Neckarlandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Steillagen, Renaturierung der Ufer und ein Ausbau der Freizeitqualität.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Auswirkungen des Bundes-Klimaanpassungsgesetzes auf die Planungsaufgaben des Verbandes Region Stuttgart</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle berichtet, welche Auswirkungen das am 01.07.2024 in Kraft getretene Bundes-Klimaanpassungsgesetz auf die Planungsarbeit des Verbandes Region Stuttgart hat.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Erhalt der landschaftsprägenden Steillagen im Verbandsgebiet 2.0</b></p> <p>1. Die Verbandsverwaltung stellt die Bewirtschaftungssituation der landschaftsprägenden Steillagen im Weinbau dar und berichtet –für den Fall eines Rückgangs der bewirtschafteten Flächen – über die Gründe und Ansatzpunkte (unter Einbeziehung des Europabüros), einer solchen unerwünschten Entwicklung entgegenzuwirken.</p> <p>2. Die Verbandsverwaltung stellt dar, welche Formate für einen fachlichen Meinungsaustausch u.a. mit dem Weinbauverband, den kommunalen Verbänden, dem Agrarministerium und der Wirtschaftsförderung zur Förderung des Steillagenweinbaus geeignet sind.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Bekanntheit der Landschaftspark-Projekte erhöhen</b></p> <p>Bei durch regionale Kofinanzierung geförderten Landschaftsparkprojekten wird durch ein deutlich sichtbares Hinweisschild (z.B. „kofinanziert als Landschaftspark-Projekt durch den Verband Region Stuttgart“) auf die finanzielle Unterstützung aufmerksam gemacht.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Gesamtkonzept für den Neckar entwickeln</b></p> <p>1. Die Verbandsverwaltung entwickelt aus den bisher realisierten und vorgesehenen Einzelmaßnahmen für eine naturnahe Entwicklung der Neckarflusslandschaft unter Einbeziehung weiterer Maßnahmen ein Gesamtkonzept und orientiert sich beispielhaft an den Projekten Emscher, Donau und Isar.</p> <p>2. Die Verbandsverwaltung berichtet, welche Auswirkungen und Möglichkeiten sich aus dem sogenannten EU-Renaturierungsgesetz zur Reparatur von Lebensräumen für den Neckar ergeben könnten</p>
Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Flussregion werden: Konzept zur Verbesserung der Wasserqualität</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, ein langfristiges Konzept zur Verbesserung der Wasserqualität in den Flüssen der Region Stuttgart zu erstellen. Ziel des Konzepts ist es, die Wasserqualität so zu steigern, dass die Flüsse der Region, wie in anderen europäischen Ländern, für die Bevölkerung zum Baden nutzbar werden. Dabei sollen Maßnahmen identifiziert werden, die gemeinsam mit den Kommunen ergriffen werden müssen, um die Wasserqualität langfristig zu verbessern.</p>

Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Glorious Hubs regionalplanerisch weiterdenken!</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zu erörtern, inwiefern die Grundideen des Wettbewerbs der Glorious Hubs regionalplanerisch weitergeführt und strukturell verankert werden können. Insbesondere sollte dabei erörtert werden, inwiefern Wohnbauschwerpunkte regionalplanerisch auch im Bestand ausgeschrieben werden können und dadurch bei Nachverdichtungen in direkter Bahnhofsumgebung die qualitativen Standards eines Wohnbauschwerpunkts einzuhalten sind.</p>
Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Regionale Dichtewerte im landesweiten Kontext</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die regionalplanerischen Ansätze zur Bestimmung von regionalen Dichtewerten in den anderen Regionalverbänden Baden-Württembergs aufzuzeigen und die Methodik der Kolleg*innen in den Regionalverbänden Neckar-Alb und Bodensee-Oberschwaben darzulegen sowie ihre Übersetzbarkeit auf den Verband Region Stuttgart zu prüfen.</p>
Freie Wähler	<p><b>„Raum für Unternehmen im Mittelbereich Vaihingen an der Enz“</b></p> <p>Die Geschäftsstelle berichtet über Möglichkeiten und Alternativen, wie im Mittelbereich Vaihingen an der Enz eine überörtliche Gewerbegebietsentwicklung realisiert werden kann, um benötigte Flächen zu schaffen.</p>
Freie Wähler	<p><b>„Landschaftsbildanalyse fortschreiben und falls erforderlich neu bewerten“</b></p> <p>Die Geschäftsstelle erarbeitet einen Vorschlag zur Fortschreibung der Landschaftsbildanalyse von 2012.</p>
AfD	<p><b>Naherholungskonzept effektiv und kostensparend gestalten</b></p> <p>Auch wenn im vorliegenden Haushaltsplan die Bemühungen um sparsames Wirtschaften erkennbar sind, fällt dennoch der voraussichtlich deutlich ansteigende Schuldenstand ins Auge (vgl. Sitzungsvorlage RV-013/2024, Seite 6). In Zeiten begrenzter finanzieller Mittel sollte daher eine Priorisierung von Vorhaben und Zielen erfolgen. Für den Teilhaushalt 3, insbesondere für Regionalplanung und Landschaftsrahmenplanung, beantragen wir daher eine moderate Kürzung der bereitzustellenden Mittel um ca. 7 %.</p>
SPD	<p><b>Wohnbedarfsstudie 2040</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird gebeten, in einer Studie, z.B. im Zusammenhang mit dem digitalen Zwilling der Region, darzustellen, wie sich die Wohnbedarfe bis 2040 entwickeln werden. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. wie viele Sozialwohnungen in der Region gebraucht werden, auch unter Berücksichtigung der Wohneinheiten, die bis 2040 aus der Sozialbindung fallen werden;</li> <li>2. wie sich die Belegung in Ein- und Zweifamilienhäusern entwickeln wird, unter Berücksichtigung des Generationswechsels, der in diesem Bereich bis 2040 zu erwarten ist.</li> </ol>
SPD	<p><b>Transformation mit Flächenangeboten fördern</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird gebeten, darzustellen, wie und ob es gelingen kann, Gewerbegebietsvorhaben mit zukunftsweisendem, großflächigem Charakter von nach Regionalplan auf Eigenentwicklung beschränkten Kommunen über den Eigenbedarf der jeweiligen Kommunen hinaus regionalplanerisch zu ermöglichen, soweit es eine Umsetzungsperspektive gibt.</p>
FDP	<p><b>Leitfaden für Natur- und Waldkindergärten anbieten</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erstellt analog zum Leitfaden für Gemeinschaftsschuppenanlagen einen Leitfaden für die Errichtung von Natur- und Waldkindergärten im Außenbereich aus regionalplanerischer Sicht. Dieser wird auf der Verbandshomepage eingestellt.</p> <p>Der Antragsteller geht davon aus, dass dies im Rahmen der eingestellten Mittel für Regionalplanung erfolgen kann. Andernfalls beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein.</p>

<p>DIE LINKE/ Piraten/ SÖS</p>	<p><b>Grundlagenstudie Regionale Wasserstrategie</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart erarbeitet oder beauftragt eine Grundlagenstudie für die Einführung einer maßnahmengestützten regionalen Wasserstrategie, die aufbaut auf der Nationalen Wasserstrategie der Bundesregierung und den bereits identifizierten Handlungsfeldern aus dem „Dialogforum Wasser“ der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS). Bereits vorliegende Erkenntnisse aus dem Cluster-Report Landwirtschaft sowie aus dem laufenden Verbundprojekt zur Klimaanpassung ISAP sollen ebenfalls in die Untersuchung mit einfließen. Eine Zusammenarbeit mit Universitäten und Einrichtungen in der Region, die im Bereich Wasserversorgung und Wasserrisiken forschen (z.B. die Hochschule für Technik oder das Digital Water Institute e.V.), wird empfohlen.</p> <p>Die notwendigen Mittel zur Durchführung oder Beauftragung der Studie sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt 2025 zu berücksichtigen.</p>
--	--

## II. Zu behandeln im Verkehrsausschuss am 20.11.2024

CDU/ ÖDP	<p><b>Kein Ausstieg aus der Verlängerung der Neckarschleusen!</b></p> <p>Die Regionalversammlung erinnert an ihre zahlreichen Resolutionen zum Ausbau der Neckarschleusen, zuletzt mit Beschluss der Regionalversammlung vom 16. Dezember 2023. Sie fordert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr erneut auf, im Zuge der dringend anstehenden Sanierung der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Mannheim auch die Verlängerung für Binnenschiffe mit einer Länge von 135 Metern umzusetzen. Die Regionalversammlung bittet den Vorsitzenden, diesen Beschluss dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr zuzuleiten und für eine Schleusenverlängerung zu werben.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Firmenparkplätze als Wochenend-P&amp;R</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle berichtet über das Potenzial, Firmenparkplätze in der unmittelbaren Nähe von Bahnhöfen und Stadtbahnhaltestellen an Wochenenden als P&amp;R-Parkplätze zu nutzen und zeigt Möglichkeiten der Umsetzung auf.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Kinder-Tagesticket</b></p> <p>Die Geschäftsstelle berichtet, welche Vorteile mit der Einführung eines Kinder-Tagestickets im VVS verbunden wären und welche finanziellen Folgen (Mehr-/Mindereinnahmen) zu erwarten wären.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Neuausschreibung der S-Bahn Stuttgart –die Fahrgäste müssen im Mittelpunkt stehen</b></p> <p>In der Klausur des Verkehrsausschusses und im Hearing zur Ausschreibung der Verkehrsleistungen der S-Bahn Stuttgart soll die inhaltliche Ausgestaltung der Leistungen (Streckennetz, Angebotsumfang, Strategie für eine Verbesserung der Pünktlichkeit und Qualität) sowie der zu erwartende Fahrzeugbedarf unter Beachtung der folgenden Punkte beraten werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine bessere Qualität für unsere Fahrgäste. Die S-Bahn muss zuverlässiger werden! Durch entsprechende vertragliche Regelungen müssen Anreize für mehr Pünktlichkeit und mehr Sauberkeit in den S-Bahnen geschaffen werden. Die 1. Klasse wollen wir erhalten.</li> <li>- Mehr S-Bahnen, auch nachts und am Wochenende. Als Verkehrsangebot soll durchgehend ein 15-Minuten-Takt realisiert werden. Perspektivisch streben wir einen 10-Minuten-Takt und zusätzliche Nachtverkehre an.</li> <li>- Mehr Sicherheit für unsere Fahrgäste. Nach dem Vorbild des Rhein-Main- Verkehrsverbundes sollen ab 20 Uhr in allen Zügen S-Bahn-Begleiter mitfahren, die bei Problemen direkt ansprechbar sind.</li> <li>- S-Bahn in den Landkreis Göppingen und weiterer Ausbau des Netzes. Der Ausschreibung sollen die Planungen zur Weiterführung der S-Bahn in den Landkreis Göppingen und den weiteren Ausbau des Streckennetzes zugrunde gelegt werden. Wir sind offen für weitere Planungen zum Ausbau des S-Bahn-Netzes. Ziel muss es insbesondere sein, alle Mittelzentren der Region an das S-Bahn-Netz anzuschließen.</li> <li>- Die Ausschreibung soll offen für zukünftige technische Entwicklungen sein, insbesondere für einen automatisierten Fahrbetrieb (ATO ready).</li> <li>- Das Ausschreibungsverfahren muss den Rahmen für einen möglichst breiten Wettbewerb schaffen, der finanzielle Spielräume für die dargestellten Verbesserungen eröffnet. Wir sind offen für das von der Verwaltung vorgeschlagene Verhandlungsverfahren. Jedoch darf der Wettbewerb nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der S-Bahn Stuttgart ausgetragen werden.</li> </ul>
CDU/ ÖDP	<p><b>Verlängerung der S-Bahn in den Landkreis Göppingen - jetzt!</b></p> <p>Der bevorstehenden Ausschreibung für das S-Bahnnetz Stuttgart wird die Verlängerung der S-Bahn in den Landkreis Göppingen zugrunde gelegt. Es sollen Fahrten bis nach Geislingen/Steige angeboten werden.</p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle berichtet über das geplante weitere Vorgehen zur Vorbereitung der Verlängerung der S-Bahn in den Landkreis Göppingen, insbesondere zum geplanten Angebotsumfang und zum Verfahren.</p> <p>In die weiteren Planungen sollen die kommunalen Verantwortlichen im Landkreis Göppingen frühzeitig eingebunden werden.</p>

CDU/ ÖDP	<p><b>Teststrecke für autonomes Fahren</b></p> <p>Die Teckbahn Kirchheim/Teck –Oberlenningen wird auf die Eignung zum Test des autonomen Fahrens mit Zügen geprüft und bei positivem Ausgang wird eine zeitnahe Realisierung angestrebt.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Verkehrsdrehscheibe Flughafen Stuttgart –schnell und umsteigefrei im Regionalverkehr erreichbar</b></p> <p>Die Geschäftsstelle berichtet</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>über den Stand der Planungen für die Anbindung des Regionalverkehrs an den Flughafen mit der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 im Dezember 2026, soweit möglich unter Darstellung der sich dabei ergebenden Vorteile in der Reisezeit,</li> <li>über die Maßnahmen zur Barrierefreiheit am neuen Fernbahnhof Flughafen (geh-eingeschränkte Menschen, Rollstuhlfahrer, Kinderwagen, Fahrräder).</li> </ol>
CDU, Freie Wähler, FDP	<p><b>Interfraktioneller Antrag zum HH 2025 –„Grüner Tunnel“ sachgerecht prüfen</b></p> <p>Die von der regionalen Wirtschaft getragene Initiative "Grüner Tunnel" ist ein wichtiger Debattenbeitrag im Blick auf die Lösung der Verkehrsprobleme im Nordosten unserer Region. Der Verband wird sich in seinen Gremien über die Inhalte der Initiative von den Initiatoren aus erster Hand informieren lassen, sie aus planerischer Sicht bewerten und politisch begleiten.</p>
CDU/ ÖDP, Freie Wähler, FDP	<p><b>Interfraktioneller Antrag zum HH 2025 – „Mobilität zeitgemäß entwickeln - Bürokratiemonster verhindern“</b></p> <p>Die Regionalversammlung fordert den Landtag auf, das Landesmobilitätsgesetz nicht zu verabschieden.</p>
CDU/ ÖDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD	<p><b>Bilanz ÖPNV-Pakt</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, nach 10 Jahren Laufzeit den ÖPNV-Pakt aus Sicht des VRS zu bewerten.</p> <p>Dabei soll im Vordergrund stehen, was sich bewährt hat und wo wir durch ein verändertes Umfeld vor neuen Herausforderungen stehen, die bislang keine Rolle im ÖPNV-Pakt gespielt haben. Hierzu können auch die Einschätzungen unserer Partner, Landkreise und Land, wichtige Hinweise geben.</p>
CDU/ ÖDP, Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Nachtverkehrskonzept für die Region Stuttgart: „nachtaktiv“-Linien neu beleben</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>den Status Quo der aktuellen und zukünftig geplanten Nachtverkehre in den Landkreisen und der Landeshauptstadt zu erheben und aufzubereiten. Diese Erhebung soll dazu dienen, in einem nächsten Schritt die Erstellung eines einheitlichen Nachtverkehrskonzepts für die Region Stuttgart in Zusammenarbeit mit den Landkreisen vorzubereiten.</li> <li>darzulegen, wie eine Neukonzeption der ehemaligen „nachtaktiv“-Linien aussehen könnte, die in den Nächten von Sonntag bis Donnerstag die Andienung aller Mittelzentren der Region umfasst und perspektivisch in eine Ausschreibung dieser Nachtbuslinien münden kann.</li> </ol>
Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Aufenthaltsqualität in und außerhalb der S-Bahn</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn eine niederschwellig erreichbare Hotline für die S-Bahn Stuttgart einzurichten.</li> <li>in Kooperation mit der DB Sicherheit die dauerhafte Präsenz von Sicherheitspersonal an den S-Bahn-Stationen Stadtmitte und Hauptbahnhof in Wochenendnächten zu gewährleisten.</li> <li>einen Stufenplan zur Umsetzung einer vollständigen Begleitung aller Nacht-S-Bahnen zwischen 1 Uhr und 4 Uhr durch Sicherheitspersonal der DB Sicherheit zu entwickeln.</li> </ol>
Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Echtzeitanzeige für SEV-Busse</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Beschaffung oder Förderung von Echtzeitanzeigegegeräten für die Schienenersatzverkehr-Busse (SEV) der S-Bahn Stuttgart zu prüfen und entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Ziel ist es, spätestens ab dem Jahr 2026 den Fahrgästen auch während des Schienenersatzverkehrs aktuelle Informationen zur Ankunft und Abfahrt der Busse bereitzustellen.</p>

Bündnis90/ Die Grünen	<b>„Fenster in die Region“- Infotainment für die neuen S-Bahnen</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Einführung eines Infotainmentsystems für die S-Bahn Stuttgart zu prüfen, basierend auf dem Modell des 'Stuttgarter Fensters', das in den Stadtbahnen und Bussen der SSB bereits genutzt wird. Hierfür sollen Gespräche mit geeigneten Anbietern, wie beispielsweise „mcrud“aufgenommen werden, um Nachrichten und regionale Informationen parallel zu den Reiseinformationen in den neuen und umgestalteten S-Bahn-Fahrzeugen bereitzustellen.
Bündnis90/ Die Grünen	<b>Positive Geschichten für den ÖPNV - Bahnhofskonzerte fortsetzen</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die im Jahr 2023 durchgeführten Bahnhofskonzerte fortzusetzen. Hierfür sollen 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden, um das Projekt durch das PopBüro erneut umzusetzen.
Bündnis90/ Die Grünen	<b>S-Bahn Fahrer*in des Jahres / S-Bahn Ansage des Jahres</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, analog zur jährlichen Auszeichnung des ‚Busfahrers des Jahres‘den Preis für den bzw. die ‚S-Bahn Fahrer*in des Jahres‘zu vergeben. Der Preis wird mit 1.500 Euro dotiert. Weitere 1.500 Euro sind für begleitende Werbemaßnahmen sowie für Preise für die Fahrgäste, die Nominierungen einreichen, vorzusehen. Ziel der Auszeichnung ist es, die Leistungen der Triebfahrzeugführer*innen zu würdigen und positive Erlebnisse im ÖPNV stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken.
Bündnis90/ Die Grünen	<b>Schienausbauperspektiven für Regionalplan abfragen</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, bei den Kommunen und Landkreisen in der Region Stuttgart eine Abfrage zu den aktuellen und geplanten Schienenausbauprojekten durchzuführen. Ziel dieser Abfrage ist es, im Jahr 2026 die Trassen der Schienenausbauprojekte mittels eines Regionalplanänderungsverfahrens planerisch zu sichern
Bündnis90/ Die Grünen	<b>Stuttgart 21 Inbetriebnahme nicht auf Kosten der S-Bahn</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Pläne der Deutschen Bahn zur Inbetriebnahme des neuen Stuttgart 21 Tiefbahnhofs und des neuen Leit- und Sicherungssystems ETCS hinsichtlich der geplanten monatelangen Sperrungen der S-Bahn im Jahr 2026 zu prüfen. Dabei sollen ggf. externe Gutachter eingebunden werden, um sicherzustellen, dass die Inbetriebnahme so effizient wie möglich durchgeführt wird und die Sperrungen des S-Bahn-Verkehrs auf ein Minimum reduziert werden. Die Geschäftsstelle stellt notwendige Mittel in den Haushalt ein.
Bündnis90/ Die Grünen	<b>Weniger Verspätungen - Flexfahren für die Stammstrecke</b>  Die Geschäftsstelle wird beauftragt, das Flexfahren nach Münchner Vorbild auch in Stuttgart zu prüfen und einzuführen. Dabei sollen die S-Bahnen in einem zweiminütigen Zeitfenster flexibel abfahren können, um freie Slots im Fahrplan optimal zu nutzen und Verspätungen zu reduzieren.
Freie Wähler	<b>„Albaufstieg jetzt! ...und nicht am Sankt Nimmerleinstag“</b>  Es wird beantragt, im Verkehrsausschuss über den Sachstand des Ausbaus der Bundesautobahn A8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt (Albaufstieg) zu berichten.
Freie Wähler	<b>„Baustellenverkehr koordinieren, Staus vermeiden, Verkehrsteilnehmer entlasten“</b>  Es wird beantragt, dass die Regionalverwaltung im Verkehrsausschuss darüber berichtet, welche verkehrlichen Auswirkungen die konkret beabsichtigten Brückenreparaturen haben.
Freie Wähler	<b>„Deutschlandticket für Kunden und Finanzierung auf Dauer sichern“</b>  Es wird beantragt, dass die Regionalverwaltung im 1. Halbjahr 2025 über die Erfahrungen mit dem Deutschlandticket in der Region Stuttgart berichtet, insbesondere über dessen aktuelle und prognostizierte künftige finanzielle Auswirkungen auf den Verband und den VVS.
AfD	<b>Vernünftige Wirtschaftsförderung anstatt RegioRadStuttgart subventionieren</b>  Es wird beantragt, die finanzielle Unterstützung von RegioRadStuttgart zu beenden und die frei werdenden Mittel der Wirtschaftsförderung VRS zuzuleiten
AfD	<b>Studie/Erhebung: Erfüllen Tempolimits gesetzte Erwartungen?</b>  Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine qualifizierte Studie in Auftrag zu geben, ob die vielerorts eingeführten Tempolimits die an sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich Lärmes, Schadstoffen und Sicherheit auch wirklich erfüllen.

AfD	<p><b>P+R für Pendler im Umland kostenlos</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, sich mit den Betreibern der P+R Parkplätze im Umland (nicht Kerngebiet Stuttgart, aber an den Magistralen der S-Bahn) auszutauschen, unter welchen Bedingungen ein kostenfreies Parken bei Besitz einer Zeitkarte zur Erreichung des Arbeitsplatzes möglich ist und wie eine mögliche Kompensation finanziell aussehen kann.</p>
AfD	<p><b>Weiterführung der S-Bahn bis Eutingen bzw. Horb</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine mögliche Verlängerung der S1 nach Eutingen oder sogar Horb zügig und kostengünstig vorzubereiten und umzusetzen.</p>
SPD	<p><b>Auslastung, Fahrgeldeinnahmen und Deckungsgrad der 1. Klasse in der S-Bahn</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss über die Auslastung, die Fahrgeldeinnahmen und den Deckungsgrad der 1. Klasse in den Jahren 2023 und 2024 zu berichten. Angesichts der wiederholt extrem schlechten Besetzungszahlen in der 1. Klasse soll dargestellt werden, welche Fahrgeldeinnahmen in diesen Jahren real generiert wurden und wie hoch der jeweilige Deckungsgrad war.</p>
SPD	<p><b>Entwicklung der Preisspannen zwischen Deutschland-Ticket, Jugendticket BW, Sozialticket in Stuttgart und Fahrten des Gelegenheitsverkehrs im VVS</b></p> <p>Die Geschäftsstelle und die VVS-Geschäftsführung werden gebeten, die Entwicklung der Preisspannen zwischen Deutschland-Ticket, Jugendticket BW (z.B. für Schüler und Studenten), Sozialticket in Stuttgart und Fahrten des Gelegenheitsverkehrs im VVS dem Verkehrsausschuss darzustellen. Dabei soll auch betrachtet werden, wie sich die jeweiligen Ticketverkäufe seit Einführung des Deutschland-Tickets entwickelt haben und wo sich Verschiebungen und ggf. Fahrgastverluste abzeichnen.</p>
SPD	<p><b>Sachstand barrierefreier Ausbau der S-Bahn</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss über den aktuellen Sachstand und die Perspektiven für den barrierefreien Ausbau der S-Bahn zu berichten.</p>
SPD	<p><b>Sachstand P&amp;R Programm</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, dem Verkehrsausschuss über den aktuellen Sachstand und die Perspektiven für das regionale P&amp;R Programm zu berichten.</p>
FDP	<p><b>Deutschland-Plattform der Verkehrsverbünde - technische und organisatorische Fortschritte austauschen</b></p> <p>1. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet im nächstmöglichen Verkehrsausschuss, in welcher Form derzeit eine deutschlandweite Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde stattfindet.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt, zusammen mit dem VVS eine Deutschland-Plattform der Verkehrsverbünde mit dem Sitz in Stuttgart zu initiieren, mit dem Ziel einen regelmäßigen Austausch über technische und organisatorische Entwicklungen im schienegebundenen Personen-Nahverkehr zu erreichen. Sie lädt zu diesem Zweck zu einer Gründungskonferenz ein.</p> <p>3. Der Antragsteller geht davon aus, dass die Auftaktveranstaltung im Rahmen der eingestellten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit (Haushaltsplanentwurf, Seite 173 „Konzeption, Vorbereitung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen“) erfolgen kann. Andernfalls beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein. Im regelmäßigen Betrieb soll die Plattform über Mittel der beteiligten Verbände finanziert werden.</p>

FDP	<p><b>Expressbus-Mittel für Öffentlichkeitsarbeit senken</b></p> <p>1. Der Posten Aufwand Öffentlichkeitsarbeit für die Expressbusse in Höhe von 180.000 € (Haushaltsplanentwurf 2025, Seite 148) wird auf 10.000 € verringert. Die freiwerdenden 170.000 € werden zur Finanzierung der Haushaltsanträge der Fraktionen beziehungsweise zur Verringerung des Etatvolumens 2025 eingesetzt.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle berichtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt gestaffelt nach Linien über den Kostendeckungsgrad, den die Expressbusse erreichen.</p>
FDP	<p><b>Zusammenlegung der Tarifverbände</b></p> <p>1. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet in Zusammenarbeit mit dem VVS über den Stand der Gespräche über die Zusammenlegung der Tarifverbände. Der Bericht soll das Einsparungspotenzial darlegen und die geplanten Abläufe für die erforderlichen Gespräch darstellen.</p> <p>2. Der Verband Region Stuttgart beruft als Träger des schienengebundenen ÖPNV in Zusammenarbeit mit dem VVS Stuttgart und dem Verkehrsministerium des Landes zum Thema der möglichen Zusammenarbeit beziehungsweise Fusion der Verbände eine Konferenz aller Beteiligten in Stuttgart ein.</p> <p>Zur Finanzierung dieser Konferenz und der notwendigen Anschlussgespräche wird ein Betrag von 20.000 Euro in den Haushalt 2025 eingestellt. Sollte der Betrag nach Ansicht der Geschäftsstelle nicht ausreichen, wird sie beauftragt, die Kosten zu beziffern und in den Haushalt einzustellen.</p>
FDP	<p><b>Faktencheck Neckarschleusen für 2025 streichen – Schleusengipfel für 2026 planen</b></p> <p>1. Laut Haushaltsplanentwurf 2025 sind für einen „Faktencheck zum Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar“ 25.000 Euro eingeplant. Die FDP-Regionalfraktion beantragt aufgrund der neuen Faktenlage, diesen Betrag zu streichen und einen mögliche PA Faktencheck im Jahr 2026 neu zu diskutieren.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, über die Potenzialanalyse für eine strategische Neuausrichtung zur Nutzung des Neckars, mit der die Hochschule Heilbronn durch das Bundesverkehrsministerium beauftragt worden ist, zu berichten, sobald Ergebnisse vorliegen.</p> <p>3. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, für das Haushaltsjahr 2026 in Zusammenarbeit mit der Region Heilbronn-Franken einen Schleusengipfel zu planen, bei dem alle Akteure zusammengebracht werden, die bei der verstärkten Nutzung des Neckars als Wasserstraße für Gütertransporte eine Rolle spielen.</p>

FDP	<p><b>Kostenrisiken bei Ausbau des S-Bahn-Angebotes durch Controlling minimieren</b></p> <p>1. S60: Die Geschäftsstelle berichtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt über die Kostenentwicklung des Projektes S 60 Böblingen-Renningen, insbesondere wie lange der auf Seite 5 genannte Betrag für Finanzierungsrisiken noch vorgehalten werden muss und ob Kosten durch die dafür eingeplanten Kreditdeckung entstehen.</p> <p>2. S2: Die Geschäftsstelle legt ein Konzept vor, wie Mehrkosten beziehungsweise Kostenrisiken, bei der S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen/Fildern zu vermeiden oder zumindest zu minimieren sind: „Dort explodierten die Kosten auf derzeit 78 Millionen Euro pro Kilometer S-Bahn“ (Ludwigsburger Kreiszeitung vom 16.08.2024). Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schlägt laut Studie der Boston Consulting Group ein Schienenkilometer beim Ausbau des Bahnnetzes mit 37 Millionen Euro zu Buche. Diese Differenz um rund 100 Prozent muss erklärt werden.</p> <p>Die FDP-Fraktion erneuert ihren am 19.10.2019 in diesem Zusammenhang gestellten Antrag in den damaligen Punkte 1 und 2:</p> <p>1. Der Verband Region Stuttgart beauftragt für die weitere Projektabwicklung einen externen Controller, der das Projekt ab sofort begleitet. Seine Aufgabe ist es, weitere Kostensteigerungen nach Möglichkeit zu verhindern und das Vier-Augen-Prinzip bei der Projektabwicklung sicherzustellen. Die Geschäftsstelle beziffert die Kosten und stellt diese zur Beschlussfassung in den Haushaltsentwurf ein.</p> <p>2. Über die Kostenentwicklung bei Bau der S2 ist künftig halbjährlich zu berichten.</p>
FDP	<p><b>Videoüberwachung in und für die S-Bahn erneuern und ausbauen – Sicherheitskonzept vorlegen</b></p> <p>1. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart berichtet über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die Erneuerung der Videoüberwachung in der und für die S-Bahnen. Insbesondere über die Aussage (HH-Planentwurf 2025, S.83): „Die Region verbindet eine eventuelle finanzielle Unterstützung mit der Bedingung, dass sich weitere Dritte ebenfalls an diesen Kosten beteiligen. Erste Gespräche wurden dazu bereits geführt.“ Sie benennt dabei über die Ausführungen auf den Seiten 82/83 hinaus klar die Zuständigkeiten und Gesprächspartner.</p> <p>2. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt die Erneuerung und vor allem die Optimierung der Videoüberwachung von S-Bahnhöfen und S-Bahn-Zügen unverzüglich in Angriff zu nehmen und zeitnah zum Ende der Vertragslaufzeit beziehungsweise dem Lebensalter-Ende der technischen Ausstattung umzusetzen, so dass keine Überwachungs-lücken entstehen. Dafür wird im Rahmen des Haushaltsplanes ein Sicherheitsfonds in Höhe von drei Millionen Euro bereitgestellt, die notwendigen Zinszahlungen für diesen Fonds und die Tilgungen sind aus den Pönalemitteln zu finanzieren. Sollte der finanzielle Bedarf höher sein, ist dieser zu beziffern und zur Beschlussfassung in den Haushaltsplan einzustellen. Dass laut HH-Planentwurf 2025 S.83 „Im Haushaltsplan 2025 noch keine Mittel hierfür angesetzt sind“, bewertet die FDP-Regionalfraktion als groben Verstoß gegen die Interessen der S-Bahn-Fahrgäste.</p> <p>3. Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird deshalb beauftragt, einen umfassenden Sicherheitsbericht und das Sicherheitskonzept für die S-Bahn vorzulegen, die die bisherigen Einzelmaßnahmen und die geplanten beziehungsweise notwendigen und anstehenden Maßnahmen zusammenfassen. So soll sichergestellt werden, dass keine weiteren Schwachstellen existieren, die momentan noch nicht bekannt sind.</p>

<p>DIE LINKE/ Piraten/ SÖS</p>	<p><b>Prüfung der Einrichtung einer Kulturbus-Route zu Kulturzielen ohne S-Bahn-Anbindung</b></p> <p>Die Geschäftsstelle prüft und berichtet über die Möglichkeiten zur Einrichtung einer Kulturbus-Route, die bedeutende kulturelle und historische Sehenswürdigkeiten ohne direkte S-Bahn-Anbindung in den Landkreisen der Region miteinander verbindet und den Stadtkreis Stuttgart als Start- und Endpunkt nutzt. Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, das den Kultur- und Bildungstourismus in der Region fördert, die Erreichbarkeit dieser Ziele verbessert und auch Bildungseinrichtungen entlang der Route anspricht, die möglicherweise Interesse an einer kostengünstigen kulturellen Busroute haben.</p> <p>Der Bericht soll dabei folgende Punkte berücksichtigen:</p> <p>1. Logistische Machbarkeit: Überprüfung der Erreichbarkeit der Kulturziele ohne S-Bahn- Anbindung und Erstellung eines Fahrplans für eine Kulturbus-Route.</p> <p>2. Wirtschaftliche und ökologische Tragfähigkeit: Analyse der wirtschaftlichen Tragfähigkeit sowie Prüfung des Einsatzes umweltfreundlicher Transportmittel (z. B. Elektro-Wasserstoffbusse) zur Minimierung des ökologischen Fußabdrucks.</p> <p>3. Kooperation mit Landkreisen, Bildungseinrichtungen und kulturellen Einrichtungen: Einbindung der beteiligten Landkreise, Bildungseinrichtungen und Kulturinstitutionen, um eine übergreifende Zusammenarbeit sicherzustellen und attraktive Programme und geführte Touren zu entwickeln. Bildungseinrichtungen entlang der Route sollen aktiv angesprochen werden, um ihre Bedürfnisse und möglichen Nutzen aus einer solchen Route zu eruieren.</p> <p>4. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit: Entwicklung eines Marketingkonzepts zur Bewerbung der Kulturbus-Route, das sowohl regionale als auch überregionale Besucher sowie Bildungseinrichtungen anspricht.</p> <p>Ziel ist es, ein tragfähiges Konzept zu erstellen, das kulturelle Highlights und Bildungseinrichtungen ohne S-Bahn-Anbindung leichter zugänglich macht und die Mobilitätsstruktur in der Region stärkt. Der Bericht soll die bestehenden Schwachstellen und Potenziale aufzeigen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung einer solchen Route vorschlagen. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen der Versammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Die für die Berichterstellung notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt 2025 zu berücksichtigen.</p>
--	---

<p>DIE LINKE/ Piraten/ SÖS</p>	<p><b>Prüfung der Anbindung der On-Demand-Verkehre an die nächstgelegenen S-Bahnhöfe in der Region Stuttgart</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt, die Anbindung der bestehenden und geplanten On-Demand-Verkehre (z. B. VVS-Rider, SSB-Flex, FlexMobil) in der Region Stuttgart an die nächstgelegenen S-Bahnhöfe zu prüfen und einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Ziel ist es, die Vernetzung der On-Demand-Dienste mit dem S-Bahn-System zu optimieren, um die Erreichbarkeit des S-Bahn-Netzes insbesondere in suburbanen und ländlichen Gebieten der Region sicherzustellen. Der Bericht soll dabei folgende Punkte berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bestandsaufnahme der Anbindungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>● Ermittlung, welche der bestehenden und geplanten On-Demand-Verkehre bereits eine direkte Anbindung an den nächstgelegenen S-Bahnhof haben.</li> <li>● Identifizierung von Anbindungslücken und deren Auswirkungen auf die Erreichbarkeit des S-Bahn-Netzes in den jeweiligen Bedienegebieten.</li> </ul> </li> <li>2. Bedarfsanalyse: <ul style="list-style-type: none"> <li>● Untersuchung, in welchen Bedienegebieten eine Anbindung an den S-Bahn-Verkehr besonders sinnvoll und notwendig wäre, um die Nutzung des ÖPNV zu steigern.</li> <li>● Analyse der Fahrgastzahlen und Evaluierung von Nutzerfeedback zur Einschätzung des Bedarfs an einer besseren Anbindung der On-Demand-Verkehre an die S-Bahn-Haltestellen.</li> <li>● Berücksichtigung von Erfahrungsberichten der lokalen Verwaltungen und ÖPNV-Betreiber hinsichtlich der bestehenden Anbindungen.</li> </ul> </li> <li>3. Logistische und organisatorische Machbarkeit: <ul style="list-style-type: none"> <li>● Prüfung der organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen zur Anbindung der On-Demand-Verkehre an S-Bahn-Haltestellen.</li> <li>● Möglichkeiten zur Anpassung der Betriebszeiten und Routenführung der On-Demand-Verkehre, um eine nahtlose Verknüpfung mit den Betriebszeiten und Frequenzen der S-Bahn-Linien sicherzustellen.</li> </ul> </li> <li>4. Finanzierungsmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>● Analyse der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und Ermittlung möglicher Finanzierungsmodelle für die Optimierung der Anbindung der On-Demand-Verkehre an das S-Bahn-Netz.</li> <li>● Prüfung der Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch die Region Stuttgart, um die Anbindungslücken der On-Demand-Verkehre zu schließen, falls die bestehende Verbindung zur nächstgelegenen S-Bahn-Station nicht ausreicht oder nicht vorhanden ist.</li> </ul> </li> </ol> <p>Der Bericht soll die bestehenden Anbindungen, die identifizierten Bedarfe und die Potenziale zur Optimierung der Verknüpfung der On-Demand-Verkehre mit dem S-Bahn-Netz aufzeigen. Darüber hinaus sollen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen der Regionalversammlung Stuttgart zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.</p> <p>Die für die Prüfung und Berichterstellung notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt 2025 zu berücksichtigen.</p>
--	--

<p>DIE LINKE/ Piraten/ SÖS</p>	<p><b>Bericht zur aktuellen Situation der Parken-und-Mitfahren-Parkplätze und deren Integration in den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV)</b></p> <p>Die Geschäftsstelle prüft und berichtet über die aktuelle Situation der Parken-und-Mitfahren-Parkplätze (P+M) in der Region. Ziel des Berichts ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Parkplätze vorzulegen und deren Einbindung in den öffentlichen Nahverkehr sowie andere Mobilitätsformen zu untersuchen. Der Bericht soll sowohl die Anbindung an Buslinien, Radwege und weitere Infrastruktur (z. B. Fahrradboxen) als auch den Zustand und die Qualität der Parkplätze beleuchten.</p> <p>Dabei sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erstellung eines Konzepts zur besseren Integration der Parken-und-Mitfahren-Parkplätze in das regionale ÖPNV-Netz, inklusive der Anbindung an bestehende und geplante Buslinien.</li> <li>2. Einbindung der Parken-und-Mitfahren-Parkplätze in das regionale Radwegenetz sowie Bereitstellung von sicheren und witterungsgeschützten Fahrradabstellmöglichkeiten (z. B. Fahrradboxen oder überdachte Fahrradständer).</li> <li>3. Verbesserung der Qualität und Sicherheit der Parkplätze durch Maßnahmen wie Beleuchtung mit Bewegungsmeldern, Installation von Photovoltaikanlagen zur Versorgung der Infrastruktur und Verbesserung des Bodenbelags.</li> <li>4. Prüfung der Möglichkeiten zur digitalen Vernetzung der Parkplätze, um Fahrgemeinschaften über Apps oder Plattformen einfacher organisieren zu können.</li> </ol> <p>Ziel ist eine multimodale und klimafreundliche Mobilitätsinfrastruktur, die sowohl Pendler als auch touristische Nutzer anspricht. Die Maßnahmen sollen helfen, die Parken-und-Mitfahren-Parkplätze als wichtige Schnittstellen für den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und Fahrgemeinschaften zu etablieren. Das Ergebnis der Untersuchung soll in die mittelfristige Fortschreibung des Regionalverkehrsplans einfließen.</p> <p>Die Mittel zur Erstellung eventuell notwendiger Gutachten und Konsultationen mit Kommunen, Verkehrsverbänden sowie Akteuren im Bereich der digitalen Mobilität werden im Haushalt 2025 eingestellt.</p>
<p>DIE LINKE/ Piraten/ SÖS</p>	<p><b>Prüfung einer VVS-weiten Sozialkomponente für das verteuerte Deutschlandticket</b></p> <p>Die Regionalversammlung beauftragt die Verbandsverwaltung, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) eine umfassende und ergebnisoffene Prüfung der Einführung eines VVS-weiten Sozialtickets durch einen verbilligten Bezug des Deutschlandtickets zu veranlassen. Dabei soll detailliert aufgeschlüsselt und beziffert werden, welche Kosten bei der Einführung eines um 50 % vergünstigten Deutschlandtickets für Bezugsberechtigte (also Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen nach SGB, WoGG sowie AsylbLG) entstehen würden. Dies würde eine transparente Darstellung bieten, welche finanziellen Belastungen je nach Zuschussoption auf die Region zukommen könnten.</p> <p>In die Prüfung sollen folgende Aspekte mit einfließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Prinzip einer stichtagsorientierten Abmangelfinanzierung zur Vermeidung ausufernder Kosten, bei dem den Verkehrsunternehmen diejenigen Verluste ersetzt werden, die durch einen Wechsel aus dem „normalen“ Deutschlandticket zum reduzierten Deutschlandticket entstehen.</li> <li>2. Bisherige Erfahrungen mit bestehenden Bonuscard-, Sozialticket- und rabattierten Deutschlandticket-Modellen innerhalb der Region sowie in anderen Kommunen, Kreisen und Bundesländern.</li> <li>3. Potenziale zur Generation eventueller Mehreinnahmen durch die Gewinnung von Neukunden.</li> <li>4. Die Ergebnisse der am 31.01.2023 von der Region im VVS-Tarifausschuss bei den Verbundlandkreisen angefragten Prüfung zur Umsetzung eines verbundweit einheitlichen Sozialtickets, nochmals ergänzt in der Regionalversammlung am 20.12.2023.</li> </ol> <p>Die Ergebnisse werden dem Verkehrsausschuss vorgestellt und dienen als Basis für die weitere Konzepterstellung, damit eine Datengrundlage für weiterführende Schritte und Verhandlungen geschaffen wird. Die für die Untersuchung gegebenenfalls notwendigen anteiligen Mittel werden von der Verwaltung beziffert und im Haushalt 2025 eingestellt.</p>

### III. Zu behandeln im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung am 27.11.2024

CDU/ ÖDP	<p><b>Verkehrsfunktion des Stuttgarter Flughafens stärken</b></p> <p>Die Verbandsverwaltung berät mit den Anteilseignern der Flughafen AG Maßnahmen zur Stärkung des Flughafens Stuttgart und zur Verbesserung des Flugangebots und bietet über die WRS eine Veranstaltung mit den Wirtschaftsverbänden, dem Land, der Flughafen AG und Vertretern der Fluggesellschaften an, mit dem Ziel, ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Flugverkehrs in Stuttgart zu erarbeiten</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Bestandserhebung von Gewerbe-, Brach- und Leerstandsflächen</b></p> <p>Die Bestandserhebung Gewerbe-, Brach- und Leerstandsflächen im Landkreis Göppingen wird auf die gesamte Region ausgedehnt.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Regionale Präsenz im Haus des Tourismus</b></p> <p>Die Verbandsgeschäftsstelle erörtert mit der Stuttgart-Marketing GmbH und der Regio Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH die Möglichkeit, im Haus des Tourismus am Stuttgarter Marktplatz regionale Produkte kleiner Hersteller zu präsentieren und zu verkaufen.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Wasserstoff eine Zukunft geben</b></p> <p>Die WRS erarbeitet ein Konzept für Feinverteilung von Wasserstoff in der Region für die Zeit nach Umstellung der von terranets bw gebauten Süddeutschen Erdgasleitung auf Wasserstoff.</p>
CDU/ ÖDP	<p><b>Region für Startups attraktiv machen</b></p> <p>Die WRS erarbeitet ein Konzept, wie die Region Stuttgart zu einem attraktiven Standort für Startups in zukunftssträchtigen Branchen entwickelt werden kann. Ziel soll es sein, ein Ökosystem für Neugründungen zu schaffen, das sich gegenseitig befruchtet, wobei der WRS die Aufgabe zukommt, ein Netzwerk zu schaffen, in dem die verschiedenen Aktivitäten zur Gründungsförderung in der Region zusammengefasst und koordiniert werden.</p> <p>Das Konzept sollte folgende Aspekte berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Netzwerkbildung <ol style="list-style-type: none"> <li>a) zwischen Startups</li> <li>b) zwischen Startups und etablierten Firmen</li> <li>c) zwischen Startups und Hochschulen.</li> </ol> </li> <li>2. Erleichterung des Zugangs zu internationalem Venture Capital (VC), z.B. durch <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Etablierung einer Art Messe, bei der systematisch Startups und VCs zusammengebracht werden</li> <li>b) Etablierung einer Art Meta-Plattform für die Vorstellung von Startups als auch VCs, um ein einfacheres Zusammenkommen von Startups und VCs zu ermöglichen.</li> </ol> </li> <li>3. Erleichterte Bereitstellung von relevanten Informationen für Startups, sowohl für die Gründungsphase, als auch early seed usw. <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Übersicht über die vielfältigen Unterstützungsangebote für Startups, z.B. eine Meta-Plattform</li> <li>b) Zugänglichmachen von Unterstützungs-Angeboten für Startups, z.B. das Projekt „SPRIND“ der Bundesagentur für Sprunginnovationen</li> </ol> </li> <li>4. Eine „Raumbörse“, bei der etablierte Gewerbetreibende freie Räume, Hallen usw. für Startups anbieten können.</li> </ol>
CDU/ ÖDP	<p><b>Regionale Stromspeicher</b></p> <p>Die WRS erstellt eine Studie über potenzielle Standorte für Energiespeicher (Elektrolyseure/Großbatterie) in der Region Stuttgart. Es soll insbesondere die Kombination mit den auszuweisenden Standorten für Windkraft und Freiflächenphotovoltaik geprüft werden.</p>

<p>CDU/ ÖDP, Bünd- nis 90/Die Grünen</p>	<p><b>Zukunftssicherung durch Internationalisierung und Weiterbildung: Bedarfsanalyse für die Hochschulregion Stuttgart</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart möge beschließen, im Haushalt 2025 Mittel in Höhe von 100.000 EUR für die Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Internationalisierung und Weiterbildung in der Hochschulregion Stuttgart bereitzustellen. Die Studie wird in Kooperation zwischen der Hochschulregion Stuttgart e.V. (HRS) und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) durchgeführt. Ziel der Studie ist es, die Potenziale und Herausforderungen der Internationalisierung sowie den Weiterbildungsbedarf in der Region Stuttgart zu ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.</p>
<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Aufbau eines KI-basierten regionalen Analysetools</b></p> <p>Die WRS (Wirtschaftsförderung Region Stuttgart) wird beauftragt, ein regionales Analysetool auf Basis von Künstlicher Intelligenz (KI) zu entwickeln. Dieses Tool soll von den Kommunen und Landkreisen der Region genutzt werden, um wirtschaftliche Standortprognosen zu erstellen, Wachstumschancen zu erkennen und gezielte Strategien zur Ansiedlung von Unternehmen zu entwickeln. Für Entwicklung und Implementierung dieses Tools werden 200.000 EUR im Haushalt bereitgestellt.</p>
<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Ausbau des Startup-Ökosystems Region Stuttgart</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart möge beschließen, im Haushalt 2025 Mittel in Höhe von 100.000 EUR für die Entwicklung eines Start-up-Kofinanzierungsprogramms sowie den Aufbau eines Partnernetzwerks bereitzustellen. Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) wird beauftragt, die inhaltliche Konzeption des Programms zu erarbeiten und ein Netzwerk an potenziellen Partnern aus Unternehmen, Kommunen und Investoren aufzubauen. Der thematische Schwerpunkt soll dabei auf den Themenfeldern Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung liegen. Insbesondere sollen damit Gründungen aus Branchen im Fokus stehen, die bisher eher unterrepräsentiert sind, wie z.B. die Bauwirtschaft und das Gesundheitswesen.</p>
<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Behindertensport stärken Brezel Race und Womens Cycling Grand Prix für Para Radsport öffnen</b></p> <p>Die Verwaltung möge alle Möglichkeiten erarbeiten sowie mit geeigneten PartnerInnen eine Umsetzung anstreben, die eine Ausweitung des Radsportevents Brezel Race und Womens Cycling Grand Prix für Menschen mit Behinderungen erlaubt. Wir beantragen, dass bereits am 14. September 2025 sowohl Freizeitradelnde mit Behinderungen als auch Para Radsportlerinnen am Womens Cycling Grand Prix teilnehmen können. Kosten: Sind zu ermitteln und geeignete Sponsoren zu finden.</p>
<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Berücksichtigung von Belangen des Naturschutzes bei der Renaturierung von Steinbrüchen</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit allen relevanten Akteur*innen der Baustoffbranche, z.B. ISTE, sowie den Naturschutzverbänden ein Konzept zu erarbeiten, wie die in der Publikation "Nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten"(2018) von NABU und ISTE vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen zur Renaturierung von Rohstoffgewinnungsstätten zur Umsetzung in Abbaugebieten der Region gebracht werden können, um die Folgenutzung für den Naturschutz zu stärken. Zusätzlich sollen Best-Practice-Beispiele aus der Praxis gesammelt und vorgestellt werden.</p>
<p>Bünd- nis90/ Die Grünen</p>	<p><b>Clusterreport Landwirtschaft umsetzen –regionale Marke schaffen</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird beauftragt gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) folgende zwei Maßnahmen aus dem Clusterreport Landwirtschaft umzusetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Erarbeitung und Einführung einer regionalen Dachmarke für landwirtschaftliche Erzeugnisse (vergleichbar mit Marken wie z.B. „Gutes vom See“und anderen Regionen). Ziel ist es, eine starke, wiedererkennbare Marke zu schaffen, um die Wertschöpfung in der regionalen Landwirtschaft zu steigern und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Marke soll im Rahmen einer gezielten Marketingstrategie beworben werden.</li> <li>2. Aufbau einer ergänzenden digitalen Vermarktungsplattform/ ggf. App für regionale Produkte.</li> </ol> <p>Die notwendigen Kosten von geschätzt 150.000 EUR für eine externe Vergabe sind in den Haushalt einzustellen. In Frage kommende ergänzende Förderprogramme sollten geprüft werden.</p>

Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Zukunft des Kofinanzierungsprogramms zur Aktivierung von Gewerbegebieten</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die aktuelle Bewerbungslage, die eingegangenen Bewerbungen seit Programmstart sowie die Umsetzung der bewilligten Projekte aufzuzeigen und zu bewerten.</li> <li>2. darzustellen, inwiefern Branchenprojekte förderfähig sind, bereits gefördert wurden und welche Hindernisse Branchen bei der Förderfähigkeit erteilt werden.</li> <li>3. vorzubereiten, inwiefern die Gewinnung von Gewerbeflächen durch Maßnahmen wie Aufstockung, Parkplatzüberbauten oder Gewerbegebietsmanagement durch Aufnahme in das Kofinanzierungsprogramm förderfähig werden können. Auch die Förderfähigkeit für eine nachhaltige Planung und klimaneutrale Umsetzung des Gewerbegebietes soll überprüft werden.</li> </ol>
Bündnis90/ Die Grünen	<p><b>Zukunft erlebbar machen</b></p> <p>Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept für eine moderne, interaktive „Roadshow“, welche die Bürgerinnen und Bürger der Region über die in der Region vorhandenen Zukunftstechnologien und Wirtschaftszweige informiert. Die Ausstellung soll dabei als Informationsbus „zu den Bürgerinnen und Bürgern kommen“, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Dabei soll auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Umsetzung und Finanzierung mit Firmen aus der Region geprüft werden.</p>
Freie Wähler	<p><b>„Was wird wie gefördert?“</b></p> <p>Es wird beantragt, die laufenden Förderprogramme des Verbands Region Stuttgart aufzuzeigen, jeweils einen Sachstandsbericht zu geben und diese zu evaluieren. Vorschläge über die weitere Ausgestaltung zur Fortführung oder zur Beendigung nicht wirksamer Förderprogramme sind ausdrücklich erwünscht.</p>
Freie Wähler	<p><b>„ITFS regionalisieren“</b></p> <p>Bei der Ausrichtung des Internationalen Trickfilmfestivals ist darauf zu achten, dass dieses auch in die Region getragen und dort erlebbar wird. Dazu wird die Verbandsverwaltung gebeten, gemeinsam mit der Geschäftsführung des ITFS Vorschläge zu entwickeln.</p>
Freie Wähler	<p><b>„WRS Strategieprozess transparent machen, beschleunigen und im WIV vorstellen“</b></p> <p>Es wird beantragt, den Strategieprozess der WRS transparent zu machen und über ihn im WIV zu berichten.</p>
Freie Wähler	<p><b>„Wofür erhält die WRS was?“</b></p> <p>Die WRS zeigt die Verwendung der vom VRS zur Verfügung gestellten Mittel auf.</p>
Freie Wähler	<p><b>„WRS: Weg vom Input - hin zum Outcome!“</b></p> <p>Der Verband und die WRS entwickeln gemeinsam Methoden, die Wirksamkeit der von der WRS durchgeführten Projekte aufzuzeigen und zu bewerten. Dazu werden für die WRS Erfolgskennzahlen festgelegt. Über die Zielerreichung wird der WIV jährlich im 2. Quartal informiert.</p>
Freie Wähler	<p><b>„Bessere Verzahnung und mehr Synergieeffekte“</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Wirtschaftsplanverfahren der WRS und das Haushaltsplanverfahren des Verbands sind besser zu verzahnen und aufeinander abzustimmen. Außerdem muss die Politik mitgenommen werden.</li> <li>2. Der Wirtschaftsplanentwurf der WRS für das jeweils kommende Jahr wird vor den Sommerferien dem WIV zur Kenntnis gegeben.</li> <li>3. Über die institutionelle Förderung der WRS wird künftig in der Mitte der Amtsperiode entschieden. Daher wird beantragt, die neu festzusetzende institutionelle Förderung zunächst bis Ende 2027 festzulegen. Danach von Januar 2028 bis Dezember 2032 usw.</li> </ol>
AfD	<p><b>Regionsweiter Handwerkerparkausweis</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines regionsweiten Handwerkerparkausweises zu initiieren und eine moderierende Rolle zwischen der Stadt Stuttgart, den Landkreisen und den einzelnen Kommunen zu übernehmen. Durch eine kommunen- und kreisübergreifende Ausnahmegenehmigung soll Bürokratie in der Praxis abgebaut werden, damit sich die Handwerker ihren wesentlichen Aufgaben widmen können. Eine Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen ist anzustreben.</p>

AfD	<p><b>Familienunternehmen in der Region Stuttgart –zwischen Tradition und Moderne</b></p> <p>Die Verwaltung berichtet über die Bedeutung von Familienunternehmen in der Region Stuttgart als Rückgrat des jahrzehntelangen Erfolges sowie über die Herausforderungen in der Zukunft.</p>
AfD	<p><b>Strategische Beteiligung chinesischer Investoren an Schlüsselindustrien in der Region Stuttgart und Gegenstrategien</b></p> <p>Die Verwaltung berichtet über Direktinvestitionen/Firmenübernahmen in bzw. an Hightech-Firmen in Schlüsselindustrien in der Region Stuttgart durch Unternehmen aus der Volksrepublik China im Rahmen der „China 2025“- Strategie in den letzten zehn Jahren und schlägt geeignete Gegenstrategien vor.</p>
AfD	<p><b>Postversorgung als Teil einer bürgernahen Versorgungsstruktur</b></p> <p>Der Verband berichtet, ob in allen Teilen der Region eine wohnungsnah Versorgung der Bürger mit Postdienstleistungen gewährleistet ist. Er entwickelt bei Bedarf zusammen mit Post, Gemeinden und Agenturinhabern Pilotprojekte zur nachhaltigen Sicherung der Versorgung. Dafür wird ein Budget von 50.000 € zur Verfügung gestellt.</p>
AfD	<p><b>Fachkräftebedarf: Mehrfachbelastung junger Frauen zwischen Familie und Beruf</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der WRS eine Veranstaltung mit Fachleuten des Sozialministeriums, Kinder- und Familientherapeuten und anderen Experten sowie Betroffenen mit dem Ziel durchzuführen, ein realistisches Bild über die Belastungen junger Frauen und Familien zu bekommen.</p>
AfD	<p><b>Effizientes Verwaltungshandeln für eine schnelle Verknüpfung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, mittels einer Studie festzustellen, wie sich freigewordene Stellen und freigesetzte Arbeitnehmer über ihre jeweiligen Kreisgrenzen hinweg zueinander bringen lassen.</p>
AfD	<p><b>Umfängliche Einbindung der SportRegion Stuttgart e. V. und der KulturRegion Stuttgart e.V. als Botschafter in die Öffentlichkeitsarbeit und -kommunikation der IBA 2027 sowie der Partnerschaft mit der Northern Virginia Regional Commission in den USA</b></p> <p>Die Verwaltung wird damit beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Partnerschaft mit der Region Virginia die SportRegion sowie die KulturRegion als Botschafter genutzt werden.</p>
AfD	<p><b>Inflationsausgleich SportRegion Stuttgart e. V. zur Förderung benachteiligter Gruppen und mit Prüfung von Drittmitteln</b></p> <p>Der jährliche Zuschuss des VRS an die SportRegion Stuttgart e. V. für Personal-, Sach- und Projektmittel wird für das Jahr 2025 um 50.000 € erhöht, um die inflationsbedingten Kostensteigerungen auszugleichen. Die Mittel sind insbesondere für die Förderung der Sportbegeisterung und der sportlichen Aktivität von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderung vorgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern Fördermittel seitens Dritter wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder Programmen der Bundesebene wie der ESF-Plus-Förderung des Bundesfamilienministeriums als Finanzierungsquelle erschlossen und genutzt werden können.</p>
AfD	<p><b>Schaffung einer Personalstelle zum Aufbau einer Anlaufstelle/Drehscheibe für „Family Offices“</b></p> <p>Family Office ist klassischerweise eine Gesellschaft, die das private Großvermögen einer Eigentümerfamilie verwaltet. In Family Offices werden diejenigen Aufgaben, die mit der Verwaltung von großen Privat- bzw. Familienvermögen zusammenhängen, konsolidiert. Das Family Office ist die Schnittstelle der Familie bzw. der Vermögensträger zu Steuern, Recht sowie allen Bereichen und Aspekten der Vermögensanlage. Das Konzept „Family Office“ hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich weiterentwickelt und international zunehmend etabliert. Auch diesen Unternehmensstrukturen muss seitens der WRS GmbH eine Plattform u. a. mittels eines ständigen Ansprechpartners zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere der persönliche Kontakt, Vertrauen und Diskretion sind die Grundpfeiler, auf denen die Zusammenarbeit mit den Family Offices beruhen muss.</p>

SPD	<p><b>Co-Finanzierungsprogramm Wasserstoff fortsetzen</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt, um das Programm Wasserstoff nachhaltig fortzusetzen, soll eine weitere Ausschreibungsrunde durchgeführt werden. Hierfür sollen weitere 10 Mio. Euro zusätzlich zu den Restmitteln in den Haushalt als Co-Finanzierungsmittel bereitgestellt werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang soll auch über den aktuellen Stand der laufenden Projekte berichtet werden.</p>
SPD	<p><b>Co-Finanzierungsprogramm Künstliche Intelligenz aufstocken</b></p> <p>Die Regionalversammlung beschließt, die Co-Finanzierungsmittel für das Programm Künstliche Intelligenz für die zweite Tranche im Jahr 2025 von rund 3 Mio. Euro (Restmittel) auf 10 Mio. Euro zu erhöhen.</p>
SPD	<p><b>Sachstandsbericht Cellcentric Ansiedelung in Weilheim</b></p> <p>Die Geschäftsstelle wird gebeten, im WIV über den aktuellen Verfahrensstand der Ansiedelung von Cellcentric in Weilheim zu berichten.</p>
FDP	<p><b>Entwicklung einer Finanzmarktplattform für die Region Stuttgart</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erarbeitet zusammen mit der Börse Stuttgart und anderen interessierten Akteuren ein Konzept für eine regionale Finanzplattform im und für den Bereich des Verbands Region Stuttgart. Dazu soll über die Wirtschaftsförderung der Region (WRS) eine Betreiber-Gesellschaft gegründet werden.</p> <p>Dabei ist zu prüfen, inwieweit eine Zusammenarbeit mit Stuttgart Financial (einem Projekt von Börse Stuttgart, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg und der Stiftung Kreditwirtschaft) interessant ist.</p> <p>Als Anschubfinanzierung wird ein Betrag von 350.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2025 eingestellt, der auf der Basis des Konzeptes abgerufen werden kann, sobald die Betreibergesellschaft gegründet und in Betrieb gegangen ist.</p>
FDP	<p><b>Konzept Flughafen Stuttgart zum europäischen Hub ausbauen</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart lässt in Zusammenarbeit mit der Universität Stuttgart und der IHK Region Stuttgart ein Konzept erarbeiten, wie der Verband Region Stuttgart den Ausbau des Flughafen Stuttgart zu einem europäischen Hub für Flugreisen unterstützen kann. Dabei ist auch die vorhandene Entgeltordnung zu überprüfen.</p> <p>Für dieses Konzept und die Verhandlungen mit Airlines wird eine Anschubfinanzierung von 100.000 Euro bereitgestellt, die auch zur Finanzierung einer Vergünstigung bei den Flughafengebühren verwendet werden kann, soweit dies subventions- und europarechtlich zulässig ist.</p> <p>Der Verband Region Stuttgart überprüft und berichtet außerdem, ob unabhängig davon in Zusammenarbeit mit der Region Northern Virginia eine Direktverbindung in die USA geschaffen werden kann.</p>
FDP	<p><b>Konzept für einen regionalen Infrastrukturfonds</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erarbeitet zusammen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region (WRS) ein Konzept für einen Infrastrukturfonds, der die Finanzierungsmöglichkeiten der Region erweitert. Damit sollen Drittmittelakquise für Investitionsmaßnahmen und PPP-Modelle erleichtert und Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise die Wirtschaft an einer prosperierenden Region beteiligt werden. Für die vom Bund geplante Aktienrente wäre eine solche Anlagemöglichkeit für Privathaushalte ebenfalls interessant</p> <p>Als Anschubfinanzierung wird ein Betrag von 200.000 Euro, der für die Entwicklung des Konzeptes genutzt werden kann, in den Haushalt 2025 eingestellt.</p>

FDP	<p><b>Zisch – Medienprojekt Zeitung in der Schule fördern</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erarbeitet in Abstimmung mit den Zeitungsverlagen in der Region Stuttgart ein Konzept, wie der Verband Region Stuttgart das Projekt „Zeitung in der Schule“ – ZISCH unterstützen kann. Ziel der Zusammenarbeit soll es sein, über digitale Medien (E-Paper) und Printmedien das Bewusstsein der Teilnehmenden für den Medienumgang aber auch die Rolle der Region zu stärken.</p> <p>Der Antragsteller geht davon aus, dass dies im Rahmen der eingestellten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit-Regionale Initiativen in Höhe von 40.000 € für die Kooperation mit Initiativen und Organisationen (Haushaltsplanentwurf 2025, Seite 117) erfolgen kann. Andernfalls beziffert die Geschäftsstelle den zusätzlich erforderlichen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein.</p>
FDP	<p><b>Betriebliche Kinderbetreuung zur Schließung der Fachkräftelücke in der Region Stuttgart</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erstellt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Stuttgart (WRS) eine Analyse inklusive der Darstellung von Best-Practice-Modellen und darauf aufbauend ein Konzept zur Verbesserung der betrieblichen Kinderbetreuung in der Region Stuttgart. Angestrebt wird eine investive Förderung solcher Einrichtungen in der Region.</p> <p>Ziel ist die Schließung der Fachkräftelücke in der Region durch mehr verfügbare Zeit der Eltern für eine Berufstätigkeit. Der Auftrag kann an Dritte vergeben werden. Zur Erstellung, Umsetzung und Finanzierung des Konzeptes wird eine Vereinbarung mit der WRS geschlossen, wobei der Antragsteller davon ausgeht, dass das Projekt unter die Aktivitäten zur Fachkräftesicherung in der Region Stuttgart fällt, für die die WRS laut Haushaltsplanentwurf (S.26) für 2025 Zuweisungen in Höhe von 357.000 Euro erhält. Sollten die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, beziffert die Geschäftsstelle den notwendigen Betrag und stellt diesen zur Erhöhung der Projektmittel zur Beschlussfassung ein.</p>
FDP	<p><b>Ehrenamtliche Nachfolgeorganisation für das Sonderprojekt „Jüdisches Leben in der Region Stuttgart“</b></p> <p>Die Regionalversammlung beauftragt den Verband Region Stuttgart, mit der Kulturregion eine ehrenamtliche Nachfolgeorganisation für das Sonderprojekt „Jüdisches Leben in der Region Stuttgart“ zu schaffen. Sollten die in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 bereitgestellten Mittel für diese Aufgabe nicht mehr ausreichen, beziffert die Geschäftsstelle den notwendigen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein.</p>
FDP	<p><b>Regionale Bürgerbeteiligung über Quartalsumfrage RegioTrend in Medienkooperation</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart erstellt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und den anderen Gesellschaften mit regionaler Beteiligung sowie den regionalen Medien ein Konzept für eine medienwirksame Regionalumfrage im Quartalsrhythmus. Die Umfrage soll aus einem sich regelmäßig wiederholenden Fragenkatalog und einer „Frage des Quartals“, die von den beteiligten Regionalgesellschaften eingespeist wird, bestehen.</p> <p>Der Antragsteller geht davon aus, dass diese Umfrage im Rahmen der beim Verband und den angesprochenen Gesellschaften eingestellten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit finanziert werden kann. Sollten Gespräche mit den beteiligten Medien und infratest dimap ergeben, dass die Kosten für ein solches Angebot höher liegen und nicht aus den bereits vorhandenen Mitteln des Verbandes und der mit ihm verbundenen Gesellschaften finanziert werden kann, beziffert die Geschäftsstelle den erforderlichen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung in den Haushaltsentwurf 2025 ein.</p>

FDP	<p><b>Entwicklung eines Innovationsatlas für die Region</b></p> <p>Die Geschäftsstelle des Verbandes Region Stuttgart wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und gegebenenfalls anderen Gesellschaften in der Region einmal jährlich im Ausschuss für Wirtschaft und Verwaltung einen Bericht über die Innovationstätigkeit in der Region Stuttgart vorzulegen und dafür einen Innovationsatlas als Informationsinstrument zu schaffen, der mit dem Innovationsatlas kompatibel ist, den das Institut der Deutschen Wirtschaft jährlich vorlegt (Innovationsatlas 2023 im Anhang).</p> <p>Der Innovationsatlas Region Stuttgart soll einen Vergleich der Regionen ermöglichen und als wettbewerbstärkendes Informationsmittel für den Standort Region Stuttgart und als Werbemittel für die Ansiedlung von Industriebetrieben der Industrie 4.0 dienen. Er soll außerdem am Stand der Patentanmeldungen einen Indikator für die Innovationskraft und die Umsetzung der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung liefern.</p> <p>Der Antragsteller geht davon aus, dass der Innovationsatlas als Mittel der verbesserten Diversifikation der Wirtschaft und Stärkung der Zukunftstechnologien wie im Haushaltsplanentwurf für 2025 auf Seite 40/41 beschrieben, aus den in diesem Bereich bereitgestellten Haushaltsmitteln für 2025 finanziert werden kann. Sollte dem nicht so sein, beziffert die Geschäftsstelle den notwendigen Betrag und stellt diesen zur Beschlussfassung ein.</p>
FDP	<p><b>Entwicklung eines Religionsübergreifenden Forums in der Region Stuttgart</b></p> <p>Der VRS führt Gespräche zur Einrichtung eines „Regionalen Rat der Religionen“ und bezieht dabei die „Stiftung Weltethos“ ein.</p>
DIE LINKE/ Piraten/ SÖS	<p><b>Cluster-Report Kultur- und Kreativwirtschaft</b></p> <p>Die Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart (WRS) wird beauftragt, einen Cluster-Report Kultur- und Kreativwirtschaft in der Region Stuttgart zu erstellen.</p> <p>Dabei sollen auch die vielfältigen Formen ehrenamtlicher Tätigkeit mit betrachtet werden, die kulturelles Schaffen gerade im nicht-kommerziellen Bereich erst möglich machen.</p> <p>Die für die Untersuchung und Berichterstellung notwendigen Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt 2025 zu berücksichtigen.</p>
DIE LINKE/ Piraten/ SÖS	<p><b>Erinnern ist Zukunft: Die Demokratie in der Region stärken</b></p> <p>Der Verband Region Stuttgart (VRS) beschließt, die interkommunale Vernetzung bei der Erinnerungsarbeit nachhaltig zu stärken. Hierfür wird zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus ein Projektfonds in Höhe von 80.000 Euro für das Haushaltsjahr 2025 bereitgestellt, z. B. zur Förderung von Initiativen zur Verlegung von Stolpersteinen, Errichtung von Gedenkortern oder Unterstützung von Veranstaltungen für Verfolgte des NS-Regimes in der Region – wobei das Motto „Erinnern ist Zukunft“ im Mittelpunkt stehen soll. Zudem könnte es einen von der Region ausgeschriebenen und mit Preisen dotierten Wettbewerb für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, usw. zum Thema „Erinnern ist Zukunft“ geben.</p>